

Einschätzung der Einsatzbereitschaft der Kampfgruppen bei der Aktion "Jubiläum 40"

Die "Kampfgruppen der Arbeiterklasse", eine Art paramilitärische Bürgerkriegsarmee, war im Oktober 1989 noch weniger als zuvor einsatzfähig. Ihre Mitglieder verschlossen nicht die Augen vor den drängenden Problemen des Landes und wollten nicht gegen das eigene Volk eingesetzt werden - weswegen sie reihenweise aus der Partei austraten.

Am 7. Oktober 1989 feierte die Führungsriege der SED um Erich Honecker den 40. Geburtstag der DDR. Zur gleichen Zeit fanden auf dem Alexanderplatz, vor dem Palast der Republik und vor der Gethsemanekirche in Berlin Demonstrationen gegen das SED-Regime statt. Auch in anderen großen Städten der DDR protestierten unzählige Menschen gegen die Politik der SED. Staatssicherheit und Volkspolizei gingen mit Gewalt gegen diese Bürger vor und verhafteten etwa 1200 Demonstranten. Die Stasi hatte sich auf diesen Tag mit der Aktion "Jubiläum 40" vorbereitet.

Neben der Geheim- und Volkspolizei wurden auch Betriebskampfgruppen eingesetzt. Die nach dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 gebildeten "Kampfgruppen der Arbeiterklasse" waren als eine Art paramilitärischer Bürgerkriegsarmee konzipiert und bestanden aus etwa 200.000 Kämpfern, darunter überwiegend SED-Mitglieder. Die meisten Angehörigen übten diese Tätigkeit neben ihrem Beruf "ehrenamtlich" aus und waren betrieblich organisiert. Die Kampfgruppen wurden vom Ministerium des Innern der DDR ausgebildet und von der Bezirkseinsatzleitung geführt, der wiederum der 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung vorstand.

Schon zu Beginn des Jahres 1989 hatten viele Kampfgruppenangehörige dagegen protestiert, dass sie für Straßenkämpfe ausgebildet werden sollten. Ein entsprechender Ausbildungsplan musste fallen gelassen werden. In den ersten Oktobertagen wurden die Kampfgruppen deshalb nur vereinzelt eingesetzt. Auch dabei kam es zu einer hohen Anzahl von Austritten und Verweigerungen, weil die "Kämpfer" nicht "gegen Kollegen" vorgehen wollten.

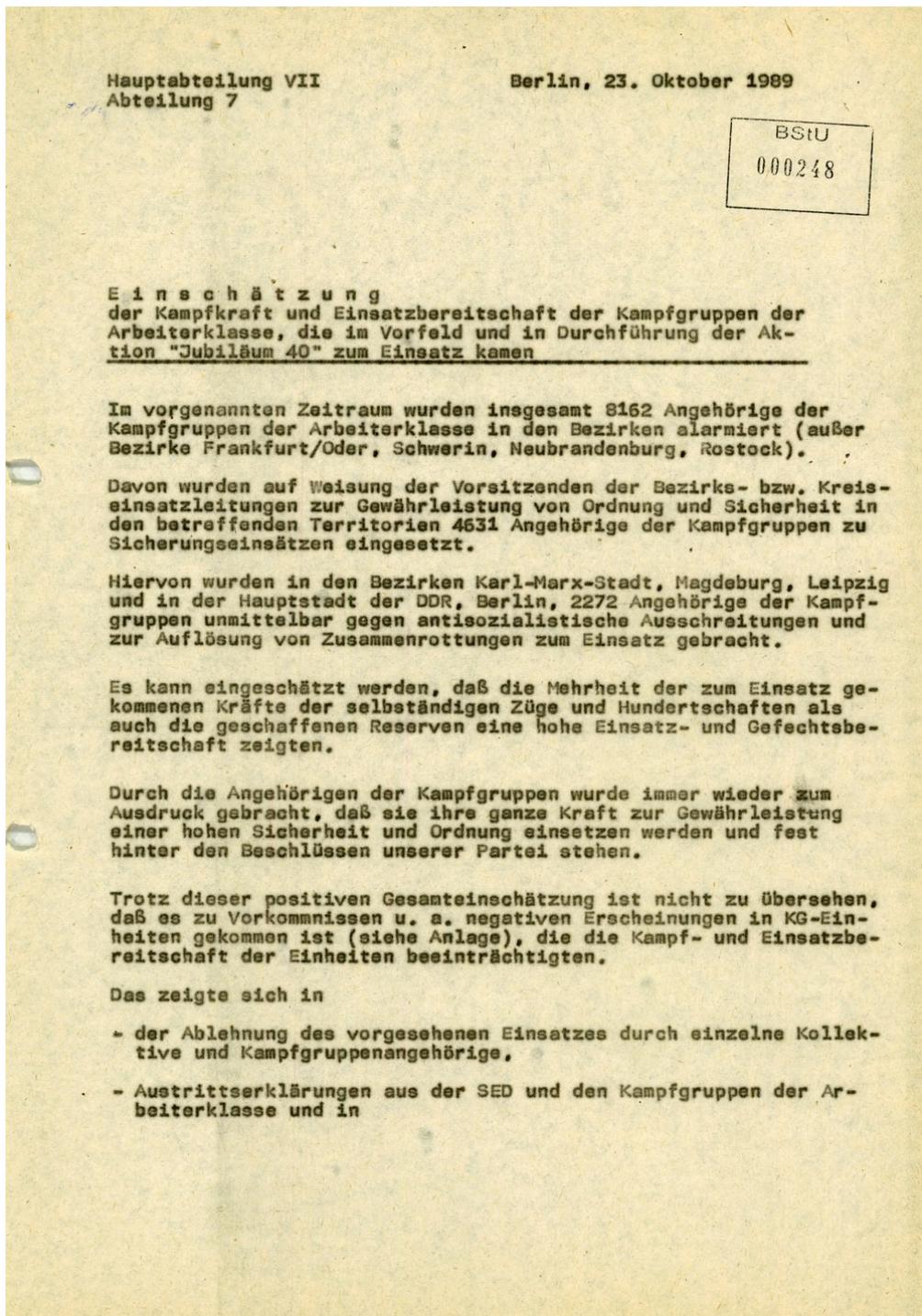
Die Hauptabteilung VII/Abteilung 7 des Ministeriums für Staatssicherheit, unter anderem für die Überwachung der Kampfgruppen der Arbeiterklasse zuständig, fasste diese Entwicklungen in einem Bericht zusammen und analysierte die Beweggründe der Beteiligten.

Signatur: BArch, MfS, HA VII, Nr. 68, BL. 248-260

Metadaten

Diensteinheit: Hauptabteilung VII, Datum: 23.10.1989
Abteilung 7

Einschätzung der Einsatzbereitschaft der Kampfgruppen bei der Aktion "Jubiläum 40"



Einschätzung der Einsatzbereitschaft der Kampfgruppen bei der Aktion "Jubiläum 40"

BStU
000249

2

- schwankenden Haltungen infolge der Wirkung der politisch-ideologischen Diversions.

Nach derzeit vorliegenden Informationen der zuständigen Dienst-einheiten des MfS erklärten im Zusammenhang mit den aktions-bezogenen Einsätzen

336 Kampfgruppenangehörige ihren Austritt aus den Kampfgruppen

149 Kampfgruppenangehörige ihren Austritt aus der SED

346 Kampfgruppenangehörige die Ablehnung des erteilten Einsatzbefehls.

Schwerpunkte bei den bekanntgewordenen Austrittserklärungen/Einsatzverweigerungen sind die Bezirke

Karl-Marx-Stadt mit 230 Austritten aus den Kampfgruppen
28 Verweigerungen des Einsatzes

Magdeburg mit 47 Austritten aus den Kampfgruppen
208 Verweigerungen des Einsatzes

Leipzig mit 16 Austritten aus den Kampfgruppen
85 Verweigerungen des Einsatzes.

Dabei ist zu beachten, daß in den Bezirken Karl-Marx-Stadt, Magdeburg und Leipzig Kampfgruppenangehörige unmittelbar mit anti-sozialistischen Ausschreitungen konfrontiert wurden und auch der Einsatz von Kampfgruppenangehörigen zahlenmäßig am höchsten war.

Gleichzeitig ist in Rechnung zu stellen, daß die in anderen Bezirken vergleichsweise geringe Anzahl von Austritten aus den Kampfgruppen bzw. Ablehnung von Einsätzen dadurch beeinflußt wird, daß dort lediglich ausgewählte Kampfgruppenangehörige zum Einsatz kamen bzw. zu Streifentätigkeit eingesetzt oder in Reserve gehalten wurden.

Es muß auch darauf verwiesen werden, daß es bereits im Verlauf des Ausbildungsjahres 1989 und im Vorfeld der Aktion "Jubiläum 40", insbesondere im Rahmen der Ausbildungmaßnahmen zum Thema "Sperren und Räumen von Straßen und Plätzen" in zahlreichen Bezirken zu Austritten aus den Kampfgruppen und negativen Diskussionen von Kampfgruppenangehörigen zu diesen Ausbildungsinhalten kam.

Einschätzung der Einsatzbereitschaft der Kampfgruppen bei der Aktion "Jubiläum 40"

BStU
000250 3

So traten z. B. im Zeitraum vom 1. 1. 1989 bis 30. 9. 1989 in den Bezirken

Dresden	213 Kämpfer
Cottbus	187 Kämpfer

aus den Kampfgruppen aus bzw. wurden ausgeschlossen. Eine definitive Aussage dazu, alle Bezirke betreffend, kann gegenwärtig noch nicht getroffen werden.

Außerungen von Kampfgruppenangehörigen gingen dahin, daß man nicht mit dem Knüppel gegen die eigenen Kollegen bzw. Ausreisewillige vorgehen werde.

Weitere Angehörige äußerten, daß sie zu Handlungen gegen äußere Feinde bereit sind, jedoch einen Einsatz gegen feindliche Kräfte im Innern der DDR ablehnen.

Aus weiteren Einheiten liegen analoge Informationen vor, die die Haltung verschiedener Kampfgruppenangehöriger dokumentieren, wonach die Einsätze nicht im Einklang mit den Aufgaben der Kampfgruppen stünden und sie sich nicht als "Knüppelgarde" der Partei verstehen.

Ausgehend von dieser Entwicklung wurde die zentral herausgegebene Ausbildungsanleitung zum Thema "Sperren und Räumen von Straßen und Plätzen" auf Entscheidung des Ministers des Innern und Chef der DVP kurzfristig im Mai 1989 zurückgezogen, während die Ausbildung der Kommandeure an der Zentralschule für Kampfgruppen "Ernst Thälmann" in Schmerwitz zu diesem Komplex weitergeführt wurde.

Die Vorkommnislage bei der Alarmierung und beim Einsatz der Kampfgruppen im Vorfeld und in Durchführung der Aktion "Jubiläum 40" sowie erste dazu geführte Untersuchungen lassen die Einschätzung zu, daß Kampfgruppenangehörige auf eine unmittelbare Konfrontation mit Teilen der Bevölkerung weder politisch-ideologisch noch taktisch-ausbildungsmäßig im ausreichenden Maße eingestellt und vorbereitet waren.

Die bereits genannten Verweigerungen der Einsätze und Austritte aus den Kampfgruppen und der SED belegen, daß sich ein Teil der Angehörigen mit dem Klassenauftrag der Kampfgruppen nicht vollinhaltlich identifiziert.

Als wesentliche Motive für diese Handlungen wurden bisher herausgearbeitet:

- Angst, gegen Freunde, Bekannte und Kollegen "Zwangmaßnahmen" durchführen zu müssen, die im nachhinein zu "Repressalien"

Einschätzung der Einsatzbereitschaft der Kampfgruppen bei der Aktion "Jubiläum 40"

BSU
000251 4

gegen sie bzw. ihren Familienangehörigen führen können:

- Identifizierung mit dem Gedankengut "oppositioneller" Bewegungen durch nicht gefestigte politisch ideologische Grundpositionen.

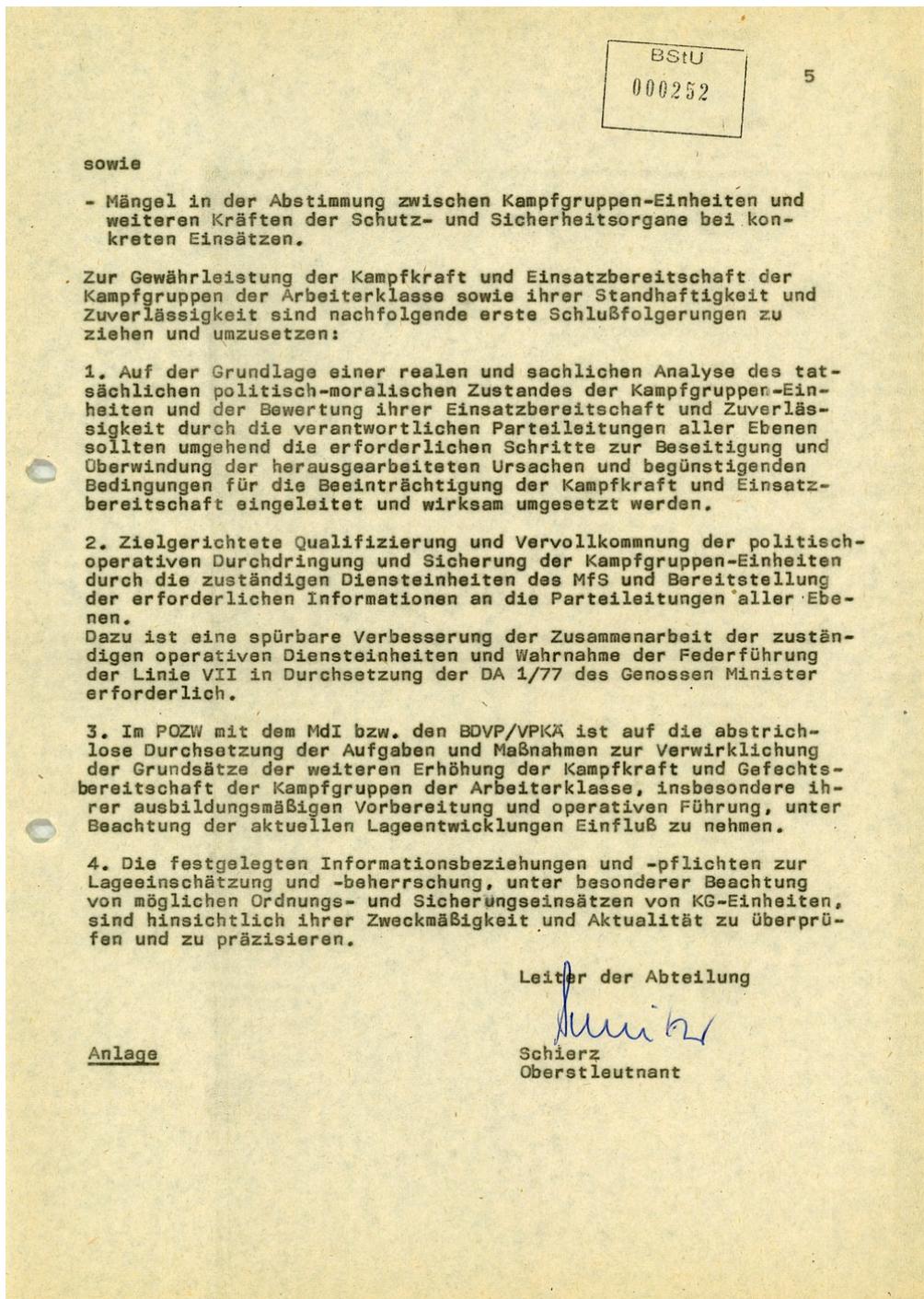
Das zeigt sich in Diskussionen in den Kampfgruppen-Einheiten in allen Bezirken. Im Mittelpunkt dabei standen folgende Aussagen und Fragen:

- Mit dem Einsatz von Machtmitteln werden die Probleme nicht gelöst, sondern verschärft.
- Der Dialog muß mit den Menschen geführt werden. Es sind nicht alles Staatsfeinde.
- Es wird nicht gegen Frauen und Kinder sowie gegen Kollegen vorgegangen.
- Wir können unseren Kollegen nicht mehr in die Augen sehen.
- Wir wollen uns nicht verprügeln lassen und verachten die Gewaltanwendung.
- Die Partei- und Staatsführung sei unfähig, anstehende Probleme zu lösen.
- Die Medienpolitik wird als "Volksverdummung" eingeschätzt.

Als weitere Ursachen und begünstigende Bedingungen für die Beeinträchtigung der Kampfkraft und Einsatzbereitschaft der Kampfgruppen wurden bisher herausgearbeitet:

- ungenügende Einweisung der Kämpfer in die aktuelle Lage im Territorium, belegt an Beispielen des Wirksamwerdens feindlicher Kräfte.
Teilweise bezogen Kampfgruppenangehörige entsprechende Informationen durch die Medien der BRD.
- Herauszögerung der Lösung bereits längerfristig bestehender Kaderprobleme, insbesondere unter Kommandeuren, Zug- und Gruppenführern,
- Zulassung von Abstrichen an den Anforderungen an Kampfgruppenangehörigen bei ihrer Gewinnung unter dem "Druck" der bestehenden Forderungen nach 100 %iger Auffüllung der Einheiten und Schaffung einer Reserve,
- Entscheidung der Bezirkseinsatzleitung zum Einsatz von Kampfgruppen-Einheiten in Zivil mit Schlagstock und Bauarbeiterhelm

Einschätzung der Einsatzbereitschaft der Kampfgruppen bei der Aktion "Jubiläum 40"



Signatur: BArch, MfS, HA VII, Nr. 68, BL. 248-260

Blatt 252

Einschätzung der Einsatzbereitschaft der Kampfgruppen bei der Aktion "Jubiläum 40"

BStU
000253

Bezirk Karl-Marx-Stadt

Im I. KGB (mot.) legten nach Einweisung in die Aufgabenstellung 9 Angehörige ihren Kampfgruppenausweis auf den Tisch. Weitere 15 Angehörige der 3. KGH lehnten den vorgesehenen Einsatz ab. Es handelt sich um 3 Gruppenführer und 21 Kämpfer. 12 von ihnen sind Mitglied der SED.

Mit Stand vom 12. 10. 1989 haben aus dem I. KGB (mot.) 32, II. KGB (mot.) 62 und III. KGB (mot.) 2 insgesamt 96 Kampfgruppenangehörige ihren Austritt aus den Kampfgruppen erklärt. Darunter 6 Mitglieder der SED.

Im Kreis Plauen haben 115 Kampfgruppenangehörige ihren Austritt aus den Kampfgruppen mündlich und zum Teil auch schriftlich erklärt. Aus dem 221. KGZ des Kreises Oelsnitz traten 12 Kämpfer aus den Kampfgruppen und gleichzeitig 7 aus der SED aus.

Darüber hinaus liegen aus Kampfgruppen-Einheiten der Kreise Schwarzenberg, Marienberg, Karl-Marx-Stadt/Stadt und Land sowie Brand-Erbisdorf Hinweise auf

7 Austritte aus den Kampfgruppen

3 Austritte aus der SED

13 Ablehnungen von Einsätzen

vor.

Bezirk Magdeburg

1. KGH (mot.) Burg

Wirkungsscheinungen der politisch-ideologischen Diversion beim Kommandeur. 60 % der Kämpfer lehnen einen "Einsatz gegen die Bevölkerung ab.

204. KGZ Gardelegen

Der stellv. Kommandeur für PA ließ sich mit seiner Ehefrau am 3./4. 10. 1989 in der BRD-Botschaft in Prag als ausreisewilliger DDR-Bürger registrieren und erschien am 12. 10. 1989 beim Rat des Kreises Gardelegen zur Entgegennahme der Antragsunterlagen zur ständigen Ausreise.

Einschätzung der Einsatzbereitschaft der Kampfgruppen bei der Aktion "Jubiläum 40"

2

BStU
000254

Fla.-MG-Gruppe, 35. KGH

brachte zum Ausdruck, daß sie gegen äußere, aber nicht gegen innere Feinde handelt.
Nach einer Parteiaussprache ist die Gruppe bis auf den Gruppenführer, der seinen Parteiaustritt erklärte, einsatzbereit.

KGH Starkstromanlagenbau

10 Kämpfer verweigerten die Annahme des Einsatzbefehls für den 8. 10. 1989.
Alle 10 sind SED-Mitglied, 3 davon erklärten den Parteiaustritt.

KGH des Rates des Bezirkes

Der Kommandeur soll sich am 5. 10. 1989 geäußert haben, wer nicht gegen DDR-Bürger eingesetzt werden will, soll rausstreten, woraufhin 7 Kämpfer rausstraten.

II. KGB (mot.)

Ablehnung des Einsatzes am 5. 10. 1989 durch drei Kämpfer. Ein weiterer lehnt den Einsatz am 8. 10. 1989 ab.
Am 9. 10. 1989 werden vom Stellvertreter des Kommandeurs für PA Zweifel an der Notwendigkeit des Einsatzes geäußert. Er soll auf dem Einsatz - Kfz als Agitator für das "NEUE FORUM" aufgetreten sein.

I. KGB (mot.)

Zum Einsatz am 9. 10. 1989 erklärte ein Kämpfer, daß er nicht am Einsatz teilnimmt und er gab sein Parteidokument ab.
Ein weiterer Kämpfer lehnt den Einsatz aus persönlichen Gründen ab.

KG-Einheit des ASMW

Ein Kämpfer lehnt den Einsatz am 5. 10. 1989 aufgrund seiner religiösen Bindung ab.

Einschätzung der Einsatzbereitschaft der Kampfgruppen bei der Aktion "Jubiläum 40"

BStU
000255 3

2. und 3. KGH (mot.) Gommern

15 Kämpfer verweigerten den Einsatz, ein weiterer Kämpfer lehnt nach dem ersten weitere ab.

Von den 55 Kämpfern des 229. KGZ "Erich Weinert" lehnten 40 den Einsatz am 7. 10. 1989 ab.

Insgesamt kam es in den Kampfgruppen-Einheiten zu

208 Verweigerungen des Einsatzbefehls

82 Parteiaustritten

47 Kampfgruppenaustritten

1 Aufrufunterzeichnung "NEUES FORUM".

Von den Kämpfern, die den Einsatz ablehnten, waren 90 % Mitglieder der SED, darunter 1 Parteitagsdelegierter.

Bezirk Leipzig

2 Kampfgruppenangehörige, davon 1 Gruppenführer, der 124. KGH verweigerten nach Kenntnis der Einsatzaufgabe den Befehl und traten aus der SED und den Kampfgruppen aus.

5 Kämpfer der 24. KGH (mot.) (Mitglieder der SED), 17 Kämpfer der 50. KGH (A) (darunter 9 Mitglieder der SED) und 4 Kämpfer der 125 KGH (davon 2 Mitglieder der SED) verweigerten den Einsatz.

Weiterhin verweigerten den Einsatz 9 Kampfgruppenangehörige (4 Mitglieder der SED) aus der 127. KGH, 13 Angehörige (5 Mitglieder der SED) der 128. KGH und 37 Kämpfer (davon 23 Mitglieder der SED) der II. KGH (M).

Ihren Austritt aus den Kampfgruppen erklärten am 7. 10. 1989 7 Angehörige aus der 123. KGH und 1 Kämpfer aus der 118. KGH sowie am 10. 10. 1989 7 Angehörige aus der 179. KGH und ein Kämpfer der 182. KGH.

Einschätzung der Einsatzbereitschaft der Kampfgruppen bei der Aktion "Jubiläum 40"

BStU
000256 4

Berlin

Aus der 100. KGH verweigerten 2 Kämpfer den Einsatz und weitere Kämpfer lehnten künftige derartige Einsätze ab.

1 Kämpfer der 104. KGH verweigerte seinen Einsatz am 6. 10. 1989 und erklärte gleichzeitig seinen Austritt aus den Kampfgruppen.

2 Kämpfer der 10. KGH zeigten unklare Haltung zur befohlenen Maßnahme und gingen wieder nach Hause.

Seit dem 7. Oktober 1989 erklärten bisher 13 Kampfgruppenangehörige aus 8 Einheiten ihren Austritt aus den Kampfgruppen.

10 Kampfgruppenangehörige des 66. KGZ erklärten seit dem Einsatzzeitraum aus den unterschiedlichsten Gründen ihren Austritt aus den Kampfgruppen.

Bezirk Halle

12 Kämpfer aus dem II. KGB (mot.) Halle erschienen nach der Erläuterung der Aufgabenstellung für den 7. 10. 1989 und anschließender Hausbereitschaft am Einsatztag nicht zum Dienst.

Nach dem Einsatz am 7. 10. 1989 erklärten zwei Kämpfer des Versorgungszuges und zwei Kämpfer aus dem Nachrichtenzug des II. KGB (mot.) ihren Austritt aus den Kampfgruppen.

Zwei Kämpfer aus der 8. KGH (m.), die nach der Alarmierung nochmals nach Hause gehen konnten, erschienen am 7. 10. 1989 nicht in ihrer Einheit.

1 Kämpfer der 112. KGH (m.) lehnte eine weitere Aufgabenerfüllung in den Kampfgruppen ab und brachte zum Ausdruck, daß er den Dienst nicht mit seinem Gewissen vereinbaren kann.

1 Kämpfer der 190. KG-Battr. (F) erklärte seinen Austritt aus den Kampfgruppen, da er es ablehne, mit dem Knüppel gegen Werk-tätige vorzugehen.

3 Kampfgruppenangehörige aus Einheiten des III. KGB (mot.) lehnen einen möglichen Einsatz am 7. 10. 1989 ab.

1 Kampfgruppenangehöriger aus dem I. KGB (mot.) gab sein Parteidokument ab und erhob die Forderung nach Ausschluß aus der SED.

Einschätzung der Einsatzbereitschaft der Kampfgruppen bei der Aktion "Jubiläum 40"

BStU
000257
5

3 Kämpfer aus der 9. KGH (m.), 2 Kämpfer der 116. KGH, 1 Kämpfer der 42. KGH (m.) und 2 Kämpfer der 27. KGH (m.) verweigerten den Dienst am 7. 10. 1989.

1 Kämpfer (Arzt) aus der 34. KGH (m.) informierte seinen Leiter über seine Mitgliedschaft im "NEUEN FORUM" und gleichzeitigen Austritt aus den Kampfgruppen.

Einen Schwerpunkt betrefts des Austrittes von Kampfgruppenangehörigen aus der Partei bzw. den Kampfgruppen bildet der Kreis Dessau.

Vom 25. 9. - 12. 10. 1989 gab es hier 49 Austritte aus der Partei (darunter 3 Zug- und 2 Gruppenführer), 8 Austritte aus den Kampfgruppen und 5 Dienstverweigerungen.

Bezirk Dresden

Zwei Angehörige der 167. KGH verweigerten mögliche Einsätze gegen Demonstranten.

Bezirk Potsdam

4 Kampfgruppenangehörige des II. KGB (mot.) erklärten nach Bekanntgabe des Einsatzbefehls ihren sofortigen Austritt aus den Kampfgruppen.

Aus der 2. KGH des I. KGB (mot.) und der 106. KGH liegen Informationen vor, wonach 40 % der Kämpfer zur gegenwärtigen Situation und den diesbezüglichen Einsätzen eine wankelmütige Haltung einnehmen.

In der 110. KGH wurde in der Zeit vom 9. - 11. 10. 1989 eine Unterschriftensammlung durchgeführt, die sich gegen die neuen Einsatzgrundsätze der Kampfgruppen der Arbeiterklasse richtet. Die Kämpfer lehnen den Schlagstock im Einsatz gegen Demonstranten ab.

Von 29 im Trägerbetrieb der 110. KGH dem VEB Schaltgerüstbau täglichen Kampfgruppenangehörigen haben 20 das Dokument unterzeichnet. 14 Kämpfer haben nach Aussprachen ihre Unterschrift zurückgezogen. Unter den Unterzeichnern befanden sich 3 Genossen.

Einschätzung der Einsatzbereitschaft der Kampfgruppen bei der Aktion "Jubiläum 40"

BSI U
000258

6

Bezirk Erfurt

- 80 % der Kämpfer der 28. KGH und 108. KGH des Kreises Worbis lehnen die Ausbildungsmaßnahme "Sperren und Räumen" ab.
- 70 % der Angehörigen des 268. KGZ des Kreises Sondershausen akzeptieren diese Ausbildung nicht.
- 60 % der Angehörigen der 172. KGH des Kreises Weimar wollen diese Aufgabenstellung nicht ausführen.
- Im 426. KGZ der Deutschen Reichsbahn mußte diese Ausbildung abgesetzt werden, da sich die Kämpfer weigerten, die Ausbildung mit Schlagstock durchzuführen.
- Wirkungsscheinungen der politisch-ideologischen Diversion zeigen sich bei

Kommandeuren (207. KGZ, 222. KGZ)
stellv. Kommandeuren (21. KGH, 426. KGZ)
Innendienstleiter (170. KGH).

So legte der Kommandeur des 207. KGZ seine Funktion nieder. 2 Kämpfer der gleichen Einheit erklärten ihren Austritt aus den Kampfgruppen.

Der Kommandeur des 222. KGZ bekannte sich zum "NEUEN FORUM" und will zur Durchsetzung deren Zielstellung die ihm unterstellte Einheit einsetzen.

Der stellvertretende Kommandeur der 21. KGH bezeichnete die DDR als "Bonzenstaat" und lehnt seine weitere Funktion in den Kampfgruppen ab.

Seinen Austritt aus der SED begründete der Stellvertreter für politische Arbeit im 426. KGZ mit Unzufriedenheit der Politik und den Ausbildungsmaßnahmen.

Weitere 7 Kampfgruppenangehörige dieser Einheit erklärten mit gleicher Begründung ihren Austritt aus der SED.

Der Innendienstleiter der 170. KGH fordert die Legalisierung des "NEUEN FORUM" und trat aus der SED aus.

Einschätzung der Einsatzbereitschaft der Kampfgruppen bei der Aktion "Jubiläum 40"

BStU
000259

7

Bezirk Suhl

Zum Einsatz kamen nur ausgewählte Kampfgruppenangehörige und keine geschlossenen Einheiten. In Erkenntnis der Einstellung vieler Kämpfer zur Aufgabenstellung "Räumen und Sperren" wäre ansonsten mit einer höheren Zahl negativer Diskussionen und der Ablehnung des Einsatzes zu rechnen gewesen.

Im Kreis Sonneberg war bei einzelnen Kampfgruppenangehörigen zu verzeichnen, daß sie die Sicherungseinsätze zwar nicht offen ablehnten, jedoch unter Angabe fadenscheiniger Gründe erklärten, selbst nicht daran teilnehmen zu können.

Ein Angehöriger der 150. KGH wurde nach dem Sicherungseinsatz vom 5. 10. 1989 in Ilmenau in einem anonymen Anruf beschimpft und bedroht.

Aus dem 256. KGZ, der 150. KGH und der 6. KGH liegen Hinweise vor, daß einzelne Kämpfer den Dienst in den Kampfgruppen generell bzw. solche Sicherungseinsätze ablehnen.

Ein anderer Teil Kämpfer vertritt den Standpunkt, daß solche Einsätze nach Möglichkeit in anderen Territorien durchgeführt werden sollten, um relativ anonym zu bleiben.

Bezirk Cottbus

2 Kämpfer der 102. KGH des Kreises Senftenberg verweigerten die Hausbereitschaft anlässlich des 40. Jahrestages der DDR und erklärten, nicht bereit zu sein, gegen Freunde und Bekannte vorzugehen.

7 Kämpfer der 10. KGH verweigerten am 9. 10. 1989 den Sicherungseinsatz an der Staatsgrenze DDR - VR Polen, ein weiterer erklärte sich erst nach einer Aussprache dazu bereit.

Am 13. 10. 1989 erschienen 3 Kämpfer der 10. KGH nicht zum Einsatz an der Staatsgrenze zur VR Polen, ein weiterer Kämpfer passierte die Staatsgrenze zur VR Polen ungesetzlich und wurde durch polnische Sicherungskräfte zurückgeführt.

8 Kämpfer des 218. KGZ des Kreises Forst lehnten weitere Einsätze an der Staatsgrenze ab. Sie sind der Meinung, daß die Staatsgrenze von denen gesichert werden soll, die dafür bezahlt werden.

Einschätzung der Einsatzbereitschaft der Kampfgruppen bei der Aktion "Jubiläum 40"

BStU
000260
8

Bezirk Frankfurt/Oder

Die Kampfgruppen-Einheiten wurden in konkrete Einsätze der Aktion "Jubiläum 40" nicht einbezogen.

Ein Kämpfer, der im 52. KGZ als Zugführer eingesetzt werden sollte, erklärte am 5. 10. 1989 seinen Parteiaustritt. Die Gründe sind noch nicht bekannt.

Bezirk Neubrandenburg

Austrittserklärungen von 7 Angehörigen der Kampfgruppen, darunter 2 Gruppenführer, 1 stellv. Hundertschaftskommandeur, aufgrund

- Einfluß westlicher Massenmedien
- Unzufriedenheit mit der Politik der SED
- Ablehnung einzelner Ausbildungsmaßnahmen.